

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	23
A Immobilien in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG im Ertrag- und Schenkungssteuerrecht	27
I. Übertragung privater Immobilien in das Betriebsvermögen einer GmbH & Co. KG	27
1. Gründung einer gewerblich geprägten GmbH & Co. KG	29
1.1. Erfordernis gewerblicher Prägung im Zeitpunkt der Immobilieneinbringung	29
1.1.1. Kriterien gewerblicher Prägung	29
1.1.2. Bedeutung der Eintragung ins Handelsregister für die gewerbliche Prägung	29
1.1.3. Rechtsfolgen der Immobilieneinbringung vor oder nach Eintragung der KG ins Handelsregister	30
1.1.3.1. Einbringung der Immobilie vor Eintragung ins Handelsregister	30
1.1.3.2. Einbringung der Immobilie nach Eintragung ins Handelsregister	31
1.2. Keine Beteiligung der Komplementär-GmbH am KG-Vermögen ..	31
2. Überführung von Privatimmobilien ins Betriebsvermögen	32
2.1. Varianten der Immobilieneinbringung in die Personengesellschaft ..	32
2.2. Übertragung als privates Veräußerungsgeschäft im Sinne des § 23 EStG	33
2.2.1. Zum sachlichen Anwendungsbereich des § 23 EStG.	33
2.2.2. Behandlung eigengenutzter sowie gemischt-genutzter Immobilien gem. § 23 EStG	34
2.2.3. Ermittlung des Veräußerungsgewinnes	36
2.3. Einlage in das Gesamthandsvermögen der GmbH & Co. KG vor dem 1.7.2009	38
2.3.1. Übertragung in das Gesamthandsvermögen als steuerneutrale Sacheinlage	38
2.3.2. Zur Höhe der AfA nach Einlage des Wirtschaftsguts ins Betriebsvermögens	39

Inhaltsverzeichnis

2.3.3.	Spätere Veräußerung der eingelegten Immobilie aus dem Betriebsvermögen heraus	41
2.4.	Einlage ins Gesamthandsvermögen der GmbH & Co. KG nach dem 30.6.2009	43
2.4.1.	Entwicklung in der jüngeren BFH-Rechtsprechung	44
2.4.2.	Übernahme der BFH-Rechtsprechung durch die Finanz- verwaltung	44
2.4.3.	Verbleibende Fälle potentieller Einlage (anstatt Veräußerung) in die KG	45
2.4.3.1.	Einlage nur gegen Gutschrift auf dem gesamthänderisch gebundenen Rücklagenkonto.	45
2.4.3.2.	Einlage in sachlichem und zeitlichem Zusammenhang mit der KG-Gründung oder mit einer Kapitalerhöhung ..	46
2.4.3.3.	Immobilieneinbringung gegen Gutschrift auf dem Rücklagenkonto bei mehreren Gesellschaftern ..	48
2.5.	Veräußerung an die GmbH & Co. KG	49
2.5.1.	Schöpfung neuen AfA-Potentials als positiver Neben- effekt der Veräußerung	49
2.5.2.	Begründet die Übertragung von Immobilien auf die GmbH & Co. KG einen gewerblichen Grundstückshandel?	50
2.6.	Betriebsaufspaltung und GmbH & Co. KG	53
2.6.1.	Latentes Besteuerungsrisiko der Betriebsaufspaltung. ...	53
2.6.2.	Bedeutung der Betriebsaufspaltung für eine Umstruk- turierung	55
2.6.3.	Übertragung der zum Besitzunternehmen gehörenden Immobilie auf die GmbH & Co. KG.	56
2.6.3.1.	Buchwertfortführung gem. § 6 Abs. 5 EStG	56
2.6.3.2.	Risiko der Betriebsaufgabe des Besitzunternehmens? ...	57
2.6.3.3.	Einbringung des Besitzunternehmens in eine GmbH & Co. KG gem. § 24 UmwStG	59
2.6.3.4.	Übertragung der Betriebsgesellschaft in das Gesamt- handsvermögen einer GmbH & Co. KG	63
2.6.3.4.1.	Zwingende Einbringung zum Buchwert	63
2.6.3.4.2.	Beginn einer dreijährigen Sperrfrist bei Buchwerteinbringung	64
2.6.3.4.3.	Rechtsfolgen der Anteilsübertragung auf die GmbH & Co. KG.	64
2.6.4.	Behandlung von Verbindlichkeiten des Besitz- unternehmens.	65
2.6.5.	Zugehörigkeit von Grundstücken zum Besitzunternehmen	66
2.6.6.	Immobilien im Miteigentum des Besitzunternehmers ...	67

Inhaltsverzeichnis

3.	Bildung und Übertragung von § 6b-Rücklagen durch die GmbH & Co. KG	69
3.1.	Grundzüge der Bildung von § 6b-Rücklagen	69
3.2.	Die bilanzielle Darstellung der § 6b-Rücklage	71
3.2.1.	Bisherige Verwaltungsauffassung (Bilanzerstellung bis zum 31.3.2008)	71
3.2.2.	Änderung der Verwaltungsauffassung (Bilanzerstellung nach dem 31.3.2008)	72
3.2.3.	Erneute Änderung durch das Bilanzrechtsmoderni- sierungsgesetz (BilMoG)	74
3.2.4.	Fortschreibung negativer Ergänzungsbilanzen in Folgejahren	75
3.2.5.	Rücklagenübertragung bei Identität von veräußertem und angeschafftem Wirtschaftsgut	75
4.	Behandlung von Erhaltungsaufwendungen	76
4.1.	Entstehung des Erhaltungsaufwandes vor Immobilienübertragung auf die GmbH & Co. KG	76
4.2.	Entstehung des Erhaltungsaufwandes nach Immobilienübertragung auf die GmbH & Co. KG	76
4.3.	Bagatelldgrenze von 4.000 € für jede einzelne Baumaßnahme	78
5.	Übertragung von Immobilien ins Sonderbetriebsvermögen der Gesellschafter der GmbH & Co. KG	79
6.	Behandlung von Verbindlichkeiten des Gesellschafters	80
6.1.	Verbindlichkeiten mit Finanzierungszusammenhang zur eingebrachten Immobilie	80
6.1.1.	Übernahme der Verbindlichkeiten ins Gesamthands- oder Sonderbetriebsvermögen	80
6.1.2.	Zinsabzug bei Einbringung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten	81
6.1.3.	Bedeutung teilentgeltlicher Veräußerung für § 6 Abs. 1 Nr. 1a EStG	81
6.1.4.	Abzugsbegrenzung gem. § 15a EStG	82
6.2.	Verbindlichkeiten ohne Finanzierungszusammenhang zur eingebrachten Immobilie	83
7.	Vorbehaltsnießbrauch als Sonderform der Immobilienübertragung auf die KG	84
7.1.	Ertragsteuerliche Behandlung des Vorbehaltsnießbrauchers	84
7.2.	Ertragsteuerliche Behandlung der aufnehmenden GmbH & Co. KG	86
7.3.	Empfehlungen zur Immobilienübertragung unter Nießbrauchs- vorbehalt	87

Inhaltsverzeichnis

8.	Zusammenfassung der ertragsteuerlichen Ergebnisse.....	87
9.	Umsatzsteuerliche Behandlung der Immobilieneinbringung in die GmbH & Co. KG	89
9.1.	Unterscheidung zwischen steuerpflichtig und steuerfrei vermieteten Immobilien	89
9.2.	Vorsteuerkorrektur gem. § 15 a UStG beim einbringenden Gesellschafter.....	90
9.3.	Behandlung der unentgeltlichen Immobilieneinbringung in die GmbH & Co. KG als umsatzsteuerbare Lieferung	90
9.3.1.	Rechtsfolgen für den einbringenden Gesellschafter.....	90
9.3.2.	Rechtsfolgen für die übernehmende GmbH & Co. KG	91
9.3.3.	Ertragsteuerliche Behandlung der Vorsteuer sowie der Vorsteuerkorrektur gem. § 15a UStG.....	92
9.4.	Gewährung von Gesellschaftsrechten als umsatzsteuerbarer Vorgang?.....	94
9.5.	Behandlung der Leistungen des Gesellschafters als Geschäftsführer.....	95
10.	Grunderwerbsteuerliche Behandlung der Einbringung von Immobilien in die GmbH & Co. KG	96
11.	Gewerbesteuerliche Beurteilung der GmbH & Co. KG	97
11.1.	Voraussetzung erweiterter Kürzung von Grundstückserträgen	97
11.2.	Zum Merkmal „ausschließlicher“ Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes	98
11.3.	Schädlichkeit der Beteiligung an einer gewerblich geprägten Personengesellschaft	99
12.	Schenkungsteuerliche Beurteilung der Immobilieneinbringung.....	100
II.	Ertragsteuerliche Behandlung der Übertragung von Kommandit- anteilen auf die nachfolgende Generation.....	101
1.	Einkommensteuerliche Behandlung unentgeltlicher Übertragung von KG-Anteilen.....	101
1.1.	Varianten der Anteilsübertragung.....	101
1.2.	Der Mitunternehmeranteil im Sinne des § 6 Abs. 3 EStG	102
1.2.1.	Sonderbetriebsvermögen als zwingender Bestandteil des Mitunternehmeranteiles	103
1.2.2.	Sonderbetriebsvermögen als wesentliche Betriebs- grundlage	105
1.2.3.	Bedeutung der fünfjährigen Sperrfrist des § 6 Abs. 3 Satz 2 EStG.....	106
1.2.4.	Überquotale Übertragung von Sonderbetriebsvermögen	108

Inhaltsverzeichnis

1.2.4.1.	Risiken überquotaler Übertragung von Sonderbetriebsvermögen bei Existenz von Verbindlichkeiten.	109
1.2.4.2.	Ermittlung des Veräußerungsgewinnes nach der Trennungs- oder Einheitstheorie	110
1.2.5.	Schädliche Verfügungen im Sinne der Gesamtplanrechtsprechung bei zurückbehaltenem Sonderbetriebsvermögen.	112
1.2.5.1.	Wegfall der Buchwertübertragung	112
1.2.5.2.	Überführung wesentlichen Sonderbetriebsvermögens in ein anderes Betriebsvermögen	113
1.2.5.3.	Entwicklung der Rechtsprechung zur schädlichen Auslagerung wesentlicher Betriebsgrundlagen	114
1.2.5.4.	Unschädliche Auslagerungen bei doppelstöckigen Personengesellschaften	115
1.2.5.5.	Exkurs - Behandlung des Sonderbetriebsvermögens bei qualifizierter Nachfolgeklausel	116
1.2.6.	Vermeidung der Sperrfrist des § 6 Abs. 3 Satz 2 EStG durch Vorbehaltsnießbrauch am Sonderbetriebsvermögen	116
1.2.6.1.	Die ertragsteuerlichen Rechtsfolgen des Vorbehaltsnießbrauchs	117
1.2.6.1.1.	Behandlung während der Dauer des Nießbrauchs	117
1.2.6.1.2.	Der ertragsteuerlich neutrale Tod des Vorbehaltsnießbrauchers	118
1.2.6.2.	Nießbrauch zugunsten Gesamtberechtigter gem. § 428 BGB.	120
1.2.6.3.	Zur vertraglichen Ausgestaltung des Nießbrauchs.	123
1.3.	Behandlung betrieblicher (Alt-)Verbindlichkeiten des Übergebers ..	123
1.4.	Sonderbetriebsvermögen als Steuerrisiko im Erbfall.	125
1.4.1.	Drohende Besteuerung eines Entnahmegewinnes beim Erblasser	125
1.4.2.	Maßnahmen zur Vermeidung eines Entnahmegewinnes ..	126
1.4.3.	Das sog. „Ausgliederungsmodell“ als Gestaltungsalternative?	127
1.4.3.1.	Steuerrisiken aufgrund der sog. Gesamtplanrechtsprechung des BFH	127
1.4.3.2.	Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung (Doppelgesellschaft)	128
1.4.3.3.	Nachgelagerte Entstehung einer mitunternehmerischen Betriebsaufspaltung	129
1.4.3.4.	Verletzung der fünfjährigen Sperrfrist?	130
1.4.3.5.	Vor- und Nachteile einer Doppelgesellschaft	131
1.5.	Spätere Übertragung des verbliebenen Mitunternehmeranteiles ...	132

Inhaltsverzeichnis

1.6. Einkommensteuerliche Behandlung teilentgeltlicher Übertragung von KG-Anteilen	135
1.6.1. Übernahme eines negativen Kapitalkontos als Schenkung oder teilentgeltlicher Erwerb	135
1.6.2. Teilentgelt bis zur Höhe des Buchwerts des Kapitalkontos	137
1.6.3. Bedeutung teilentgeltlichen Erwerbs für den Beschenkten	138
1.7. Einkommensteuerliche Behandlung der Übertragung von KG-Anteilen unter Nießbrauchvorbehalt	139
1.7.1. Nießbrauchsvorbehalt steht der Anwendung des § 6 Abs. 3 EStG nicht entgegen	139
1.7.2. Der nießbrauchbelastete Kommanditist als Mitunternehmer	140
1.7.3. Die laufende Besteuerung von Kommanditist und Nießbraucher	141
1.7.3.1. Die Gewinnverteilung zwischen Nießbraucher (Schenker) und Kommanditist (Beschenkter)	141
1.7.3.2. Die Behandlung des Kommanditisten (Beschenkter)	142
1.7.3.3. Ertragsteuerliche Folgen bei Wegfall des Nießbrauchs ...	143
1.7.3.4. Der Vorbehaltsnießbraucher als Mitunternehmer im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	144
1.7.3.4.1. Notwendigkeit der Bestellung eines Vollrechtsnießbrauchs	144
1.7.3.4.2. Rechtsfolgen bei fehlender Mitunternehmereigenschaft ..	145
1.7.4. Sukzessiver Hinzuerwerb nicht privilegierter Kommanditanteile aus schenkungsteuerlicher Sicht	145
1.7.4.1. Die Auffassung des Hessischen Finanzgerichts im Urteil vom 2. Juli 2008	146
1.7.4.2. Getrennte Beurteilung geschenkter und vorhandener Gesellschaftsanteile im BFH-Urteil vom 23. Februar 2010 ..	146
1.8. Die Versorgung des Übergebers durch wiederkehrende Leistungen ..	147
1.8.1. Die wiederkehrenden Leistungen im Überblick	147
1.8.2. Versorgung durch Veräußerungsrente	148
1.8.2.1. Das Besteuerungswahlrecht des Veräußerers	148
1.8.2.1.1. Wahlrecht zwischen Sofortbesteuerung und laufender Besteuerung	149
1.8.2.1.2. Wahlrechtsausübung zugunsten einer Sofortbesteuerung ..	150
1.8.2.1.3. Wahlrechtsausübung zugunsten laufender Besteuerung ..	152
1.8.2.2. Risiken bei der Ausübung des Wahlrechtes	152
1.8.2.3. Anwendungsbereich des Wahlrechtes	153
1.8.3. Behandlung ausländischer Leistungsempfänger bei Sofortbesteuerung der wiederkehrenden Leistungen ..	154

Inhaltsverzeichnis

1.8.3.1.	Besteuerung von Veräußerungsleibrenten ab 1. Januar 2005	155
1.8.3.2.	Besteuerung von dauernden Lasten	155
1.8.3.3.	Behandlung in Fällen laufender Besteuerung der wiederkehrenden Leistungen	156
1.8.4.	Versorgung durch wiederkehrende Bezüge	156
1.8.4.1.	Kriterien der Behandlung als Versorgungsleistung	156
1.8.4.2.	Versorgungsleistungen bei Übertragung von Anteilen an einer gewerblich geprägten GmbH & Co. KG	157
1.8.4.3.	Steuerliche Behandlung von Versorgungsleistungen	159
1.8.4.3.1.	Behandlung des Versorgungsberechtigten	159
1.8.4.3.2.	Behandlung beim Versorgungsverpflichteten.	159
1.8.4.4.	Nachträgliche Umschichtung des übertragenen Vermögens	160
1.8.4.4.1.	Begünstigte Vermögensumschichtungen	160
1.8.4.4.2.	Übertragung von Teilen des übernommenen Vermögens .	161
1.8.4.4.3.	Unterbrechung bzw. Ablösung der Zahlungsverpflichtung	161
1.8.5.	Behandlung bei fehlendem inländischen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Leistungsempfängers bzw. Leistungsverpflichteten	162
1.8.6.	Risiken der dauernden Last und ihre Abgrenzung zur Leibrente	164
2.	Umsatzsteuerliche Folgen aus der Übertragung von KG-Anteilen.	165
3.	Grunderwerbsteuerliche Behandlung der Anteilsübertragung	166
III.	Schenkungsteuerliche Behandlung der Übertragung von Anteilen an einer GmbH & Co. KG	166
1.	Die schenkungsteuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen	166
2.	Grundzüge schenkungsteuerlicher Privilegierung von Betriebsvermögen .	168
2.1.	Privilegierung durch Verschonungsabschlag und Abzugsbetrag	168
2.2.	Keine Privilegierung bei Existenz schädlichen Verwaltungs- vermögens	169
2.3.	Was gehört zum schädlichen Verwaltungsvermögen?	170
2.4.	Der Verwaltungsvermögenstest (50 %-Grenze)	170
2.4.1.	Zum Verwaltungsvermögenstest dem Grunde nach.	171
2.4.2.	Verwaltungsvermögenstest mit Sonderbetriebsvermögen .	172
2.5.	Zum Phänomen sog. „nicht betriebsnotwendigen“ Vermögens.	174
3.	Wegfall der Privilegien durch Verletzung der fünfjährigen Sperrfrist (Regelverschonung)	176
4.	Die Bewertung des Betriebsvermögens	178
4.1.	Anwendung eines vereinfachten Ertragswertverfahrens	178

Inhaltsverzeichnis

4.2.	Eckpunkte des vereinfachten Ertragswertverfahrens	179
4.3.	Die Bewertung des betrieblichen Grundbesitzes	180
4.4.	Bewertung des Betriebes nach dem vereinfachten Ertragswert- verfahren	182
4.5.	Bildung von Sonderbetriebsvermögen im Zuge der Anteils- übertragung	186
4.5.1.	Verbleib der Immobilie beim Schenker	186
4.5.2.	Nießbrauchsvorbehalt am Sonderbetriebsvermögen	186
4.5.3.	Keine Nachsteuer bei vorzeitigem Wegfall des Nießbrauchs	187
4.5.4.	Steuerbelastungen bei gesonderter Übertragung von Sonderbetriebsvermögen unter Nießbrauchsvorbehalt.	187
4.5.5.	Ermittlung der Schenkungsteuerbelastung bei Anwendung des § 13a ErbStG	189
5.	Übertragung des beim Schenker verbliebenen Mitunternehmeranteiles. .	191
5.1.	Übertragung von Gesellschaftsanteil und Sonderbetriebsvermögen .	191
5.2.	Steuervorteile durch Vermeidung der Übertragung von Sonder- betriebsvermögen	193
B.	Gesamtsteuerliche Konsequenzen von Grundstücksübertragungen unter Nießbrauchsvorbehalt	195
I.	Behandlung des Vorbehaltsnießbrauchs an Privatimmobilien aus einkommensteuerlicher sowie schenkungsteuerlicher Sicht.	195
1.	Steigerung oder Vernichtung von AfA-Potential	197
1.1.	Steigerung der Gebäude-AfA beim unentgeltlichen Erwerber durch entgeltliche Nießbrauchsablösung	197
1.2.	Nießbrauchsvorbehalt zugunsten von Ehegatten als potentiell AfA-Problem	199
1.3.	Schenkungssteuerliche Behandlung des Ehegatten-Nießbrauchs . . .	200
1.4.	Vernichtung von AfA-Potential durch teilentgeltliche Immobilien- übertragungen unter Nießbrauchsvorbehalt	202
2.	Bedeutung des Vorbehaltsnießbrauchs für die Besteuerung privater Veräußerungsgeschäfte gem. § 23 EStG	204
2.1.	Erhöhung steuerpflichtiger Veräußerungsgewinne durch Wegfall des Vorbehaltsnießbrauchs	204
2.1.1.	Nießbrauch als steuerpflichtige Wertschöpfungs- komponente	204
2.1.2.	Entgeltliche Ablösung des Vorbehaltsnießbrauchs	206
2.2.	Beseitigung des Privilegs steuerfreier Veräußerung eigengenutzter Immobilien durch Vorbehaltsnießbrauch	210

Inhaltsverzeichnis

2.3.	Zur Ermittlung des Veräußerungsgewinnes	213
2.3.1.	Behandlung von Schuldzinsen als Werbungskosten dem Grunde nach	213
2.3.2.	Zum Abzugszeitpunkt von Werbungskosten	217
2.3.3.	Kürzung der Anschaffungs-/Herstellungskosten durch die Gebäude-AfA	217
3.	Vorbehaltsnießbrauch an Immobilien des Betriebsvermögens	218
3.1.	Vorbehaltsnießbrauch am Grundbesitz unentgeltlich übertragener Einzelunternehmen	218
3.2.	Nießbrauchsvorbehalt bei Übertragung von Mitunternehmer- anteilen	219
3.2.1.	Nießbrauchsvorbehalt am Sonderbetriebsvermögen	220
3.2.2.	Rechtsfolgen des Vorbehaltsnießbrauchs am Sonder- betriebsvermögen	220
3.2.2.1.	Buchwertübertragung ohne Anwendung der Sperrfrist des § 6 Abs. 3 Satz 2 EStG.	220
3.2.2.2.	Behandlung der Immobilie beim Beschenkten im Falle vollständiger Übertragung des Mitunternehmeranteiles ...	221
4.	Schenkungsteuerliche Behandlung des Vorbehaltsnießbrauchs	222
5.	Schuldzinsenabzug beim Vorbehaltsnießbrauch	225
5.1.	Behandlung des Eigentümers während der Dauer des Vorbehalts- nießbrauchs	225
5.2.	Behandlung des Vorbehaltsnießbrauchers	226
5.2.1.	Fortbestehender Zinsabzug bei unentgeltlicher Grund- stücksübertragung	226
5.2.2.	Exkurs: Grundstücksfinanzierung beim Zuwendungs- nießbrauch	227
5.2.3.	Zinsabzug bei entgeltlicher bzw. teilentgeltlicher Grundstücksübertragung	228
5.3.	Zinsabzug nach Wegfall des Vorbehaltsnießbrauchs durch Tod des Berechtigten	231
5.3.1.	Behandlung beim Nießbraucher verbliebener Verbindlichkeiten	231
5.3.2.	Späterer Schuldenübergang in Fällen des Mischnachlasses	232
5.3.3.	Schuldübernahme anlässlich früherer Immobilien- übertragung	233
5.3.4.	Aufschiebend befristete Kaufpreiszahlungen	234
5.4.	Ablösung des Vorbehaltsnießbrauchs durch Abstandszahlung	235
5.4.1.	Bedeutung der Ablösung für die Gebäude-AfA.	235
5.4.2.	Bedeutung der Ablösung für den weiteren Zinsabzug	239

Inhaltsverzeichnis

II. Umsatzsteuerliche Behandlung des Nießbrauchsvorbehalts	240
1. Keine Grundstückslieferung mangels Verschaffung der Verfügungsmacht	240
2. Späterer Wegfall des Vorbehaltsnießbrauchs	241
III. Vorbehaltsnießbrauch und Grunderwerbsteuer	243
 C. Die Immobilie als Gegenstand privater Veräußerungsgeschäfte im Sinne des § 23 Abs. 1 Nr. 1 EStG	245
I. Steuerliche Privilegierung ganz oder teilweise eigengenutzter Immobilien	245
1. Nutzung zu „eigenen Wohnzwecken“	245
2. Bedeutung des Begriffs „Wirtschaftsgut“ für die Steuerbefreiung des Grund u. Bodens	246
3. Behandlung gemischt-genutzter Grundstücke	248
3.1. Quotale Begünstigung des eigenen Wohnzwecken dienenden Gebäudeteiles	248
3.2. Nachträgliche Erweiterung des eigenen Wohnzwecken dienenden Gebäudeteiles	249
3.3. Nutzung von Gebäudeteilen durch Angehörige	250
4. Behandlung im Miteigentum befindlicher Grundstücke	251
5. Zur Intensität der gebotenen Eigennutzung	254
5.1. „Ausschließliche“ Eigennutzung zwischen Anschaffung/ Fertigstellung und Veräußerung	254
5.1.1. Durchgehende Eigennutzung bis zur Veräußerung (bzw. ab Anschaffung/Fertigstellung)?	254
5.1.2. Zur Schädlichkeit des häuslichen Arbeitszimmers	256
5.2. Eigennutzung im Jahr der Veräußerung sowie in den beiden vorangegangenen Jahren	256
5.2.1. Eigennutzung in den beiden vorangegangenen Jahren	257
5.2.2. Eigennutzung im Veräußerungsjahr	258
5.2.3. Entbehrlichkeit „ausschließlicher“ Eigennutzung	259
5.3. Räumliche Verlagerung eigengenutzter Flächen innerhalb desselben Gebäudes	261
 II. Einbringung von Grundstücken in ein Betriebsvermögen mit späterer Veräußerung aus dem Betriebsvermögen heraus	262
1. Einlage eines Wirtschaftsgutes in das Betriebsvermögen	263
1.1. Bedeutung des Einlagezeitpunktes	263

Inhaltsverzeichnis

1.2. Einlage ins Betriebsvermögen	264
1.3. Einlage von „Wirtschaftsgütern“	266
2. Ermittlung und Besteuerungszeitpunkt des Veräußerungsgewinnes.	267
2.1. Teilwert als Ersatzbemessungslage	267
2.2. Besteuerungszeitpunkt	268
2.3. Sonderfälle der Gewinnermittlung	270
2.3.1. Abzug von Werbungskosten	271
2.3.2. Behandlung von Veräußerungskosten.	271
2.3.3. Behandlung des Forderungsausfalls	272
3. Verdeckte Einlage in eine Kapitalgesellschaft	272
4. Entnahme zuvor eingelegter Wirtschaftsgüter – Gesetzeslücke?	273
5. Zusammenfassung der Ergebnisse	274
III. Die Einbeziehung von Neubauten in die Besteuerung privater Veräußerungsgeschäfte gem. § 23 EStG.	275
1. Gebäudefertigstellung „innerhalb“ der 10-Jahresfrist.	275
2. Einbeziehung „fertig gestellter Gebäude“ in die Besteuerung	276
2.1. Zum Begriff des Gebäudes.	276
2.2. Veräußerung des fertig gestellten Gebäudes	277
2.2.1. Teilfertigstellung gemischt-genutzter Gebäude	277
2.2.2. Zum Begriff „Fertigstellung“	278
2.2.3. Bedeutung der Gebäudeerrichtung in Bauabschnitten	279
2.2.4. Nachträgliche Erweiterung fertig gestellter Bauabschnitte ..	280
3. Behandlung im Miteigentum befindlicher Grundstücke	281
4. Besonderheiten bei teilentgeltlich erworbenen Grundstücken	282
D. Schenkungsteuerliche Gestaltungen mit Immobilien	285
I. Übertragung des selbstgenutzten Familienheims unter Ehegatten ...	285
1. Lebzeitige schenkweise Übertragung	285
2. Übergang des Familienheimes durch Erbfall	286
3. Soll das Familienheim verschenkt oder vererbt werden?	288
4. Überkreuzschenkung als Gestaltungsalternative.	288
II. Wertreduzierte Immobilienübertragung mit Hilfe eines KG-Nießbrauchs	290

Inhaltsverzeichnis

1.	Errichtung einer „Nießbrauchs-KG“ als Gestaltungsalternative.	290
2.	Bewertung der Anteile an der Nießbrauchs-KG	293
2.1.	Anwendung des vereinfachten Ertragswertverfahrens.	293
2.2.	Bedeutung der Anwendung des vereinfachten Ertragswert- verfahrens für die Nießbrauchs-KG	295
3.	Der „Verwaltungsvermögenstest“ bei der Nießbrauchs-KG	297
4.	Anwendung der Verschonungsregelung auf die Nießbrauchs-KG	299
E.	Die Immobilie um Umsatz- und Grunderwerbsteuerrecht	301
I.	Umsatzsteuerliche Behandlung der Immobilie	301
1.	Übertragung von Immobilien im Umsatzsteuerrecht	301
1.1.	Die Grundstückslieferung	302
1.2.	Die Übertragung von Grundstücken als Geschäftsveräußerung (§ 1 Abs. 1a UStG)	305
1.2.1.	Tatbestandsvoraussetzungen der Geschäftsveräußerung ...	305
1.2.2.	Fortführung des Unternehmens durch den Erwerber	306
1.2.3.	Geschäftsveräußerung bei Immobilien	308
1.2.3.1.	Veräußerung der einzigen Immobilie des Verkäufers	308
1.2.3.2.	Veräußerung einer von mehreren Immobilien des Verkäufers	308
1.2.3.3.	Veräußertes Grundstück hat den Charakter von Vorratsvermögen	308
1.2.3.4.	Vollständige oder nur teilweise zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilie	309
1.2.4.	Identität zwischen bisheriger und künftiger Immobilien- nutzung	310
1.2.4.1.	Schädlichkeit fehlender Übernahme bestehender Pachtverträge	311
1.2.4.2.	Übertragung von Rohbauten sowie (teilweise) leerstehenden Immobilien	312
1.2.5.	Sonderfall Betriebsaufspaltung	313
1.2.6.	Geschäftsveräußerungen bei Immobilien im Überblick ...	314
1.2.7.	Auskunftspflicht des Veräußerers und Überwachung durch die Finanzverwaltung	317
2.	Fehlerhafte Beurteilung von Veräußerungsvorgängen	317
2.1.	Irtümliche Behandlung der Geschäftsveräußerung als Grundstückslieferung	317
2.1.1.	Umsatzsteuerpflichtige Nutzung durch den Veräußerer. ...	317

Inhaltsverzeichnis

2.1.1.1.	Umsatzsteuerpflichtige Weiterveräußerung durch den Käufer	318
2.1.1.2.	Umsatzsteuerfreie Weiterveräußerung durch den Käufer ..	320
2.1.2.	Umsatzsteuerfreie Nutzung durch den Verkäufer	320
2.1.2.1.	Rechtsirrtümliche Behandlung als umsatzsteuerfreie Veräußerung	321
2.1.2.2.	Rechtsirrtümliche Behandlung als umsatzsteuerpflichtige Veräußerung	321
2.1.2.3.	Erst nach Verjährungseintritt entdeckter Rechtsirrtum ...	322
2.2.	Irrtümlich unterstellte Geschäftsveräußerung anstelle einer Grundstückslieferung	325
2.2.1.	Umsatzsteuerpflichtige Nutzung durch den Verkäufer ...	325
2.2.2.	Nachträgliche Option als Ausweichgestaltung	327
2.2.3.	Verfahrensrechtliche Hinweise zur Option gem. § 9 Abs. 3 UStG	328
2.3.	Behandlung unentgeltlicher Geschäftsveräußerungen	329
2.4.	Bedeutung einer Verkäufergarantie	330
2.5.	Empfehlungen zu Grundstückslieferungen im Grenzbereich zur Geschäftsveräußerung	330
2.6.	Zusammenfassung der Rechtsfolgen und Risiken rechtsirrtüm- licher Behandlung als Lieferung oder Geschäftsveräußerung	332
3.	Vorsteuerabzug bei der Herstellung und Anschaffung von Immobilien ...	334
3.1.	Allgemeine Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs	334
3.2.	Vorsteuerabzug bei gescheiterter Unternehmensgründung	335
3.3.	Die Zuordnungsentscheidung des Unternehmers bei gemischt-genutzten einheitlichen Gegenständen	336
3.3.1.	Das Zuordnungswahlrecht des Unternehmers	336
3.3.1.1.	Inhalt und Grenzen des Zuordnungswahlrechtes	336
3.3.1.1.1.	Unzulässigkeit einer Zuordnungsentscheidung	337
3.3.1.1.2.	Bedeutung der 10 %-Grenze für die Zuordnungs- entscheidung	337
3.3.1.1.3.	Eigenständige Zuordnung von Anbauten und Umbauten ..	338
3.3.1.2.	Zuordnung bei fehlendem Vorsteuerabzug im Erwerbsjahr	340
3.3.2.	Form der Zuordnungsentscheidung	341
3.3.3.	Zeitpunkt der Zuordnungsentscheidung	343
3.3.4.	Rechtsfolge der Zuordnungsentscheidung im Falle späterer Veräußerung bzw. Nutzungswechsels	344
3.3.5.	Änderung der Zuordnungsentscheidung	349
3.4.	Bedeutung der Verwendungsabsicht für den Vorsteuerabzug	349
3.4.1.	Maßgeblichkeit der geplanten Nutzung im Jahr erstmaliger Verwendung	349

Inhaltsverzeichnis

3.4.2.	Sonderfall - Maßgeblichkeit tatsächlicher Verwendung für Leistungsbezüge im Jahr des Beginns der Verwendung . . .	350
3.4.3.	Verwendungsabsicht und Geschäftsveräußerung	352
3.4.4.	Änderung der Verwendungsabsicht	353
3.4.5.	Nachweis der Verwendungsabsicht	354
3.4.6.	Zusammenfassende Übersicht zur Bedeutung der Verwendungsabsicht	356
4.	Vorsteuerabzug bei gemischt-genutzten Gebäuden.	359
4.1.	Grundzüge der Aufteilung von Vorsteuerbeträgen	359
4.2.	Rechtsentwicklung zur Vorsteuersteueraufteilung bei gemischt-genutzten Immobilien	360
4.2.1.	Die bisherige Rechtsauffassung der Finanzverwaltung . . .	360
4.2.2.	Die abweichende Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes .	362
4.2.3.	Übernahme der BFH-Rechtsprechung durch die Finanzverwaltung	363
4.2.4.	Bedeutung grundsätzlich flächenbezogenen Vorsteuerabzugs für die Praxis	367
4.2.5.	Bedeutung getrennter Bauabschnitte für den Vorsteuerabzug	369
4.2.5.1.	Behandlung des Vorsteuerabzugs für den betreffenden Bauabschnitt	369
4.2.5.2.	Behandlung des Vorsteuerabzugs für die vorhandene „Alt“-Substanz	370
5.	Vorsteuerabzug für eigengenutzten Wohnraum.	372
5.1.	Zur Rechtsentwicklung	372
5.2.	Hinweise zur Behandlung eigengenutzter Wohnungen	373
5.2.1.	Die Bewertung der unentgeltlichen Wertabgabe bei laufender Nutzung	373
5.2.2.	Sind Grundstücksentnahmen umsatzsteuerpflichtig?	375
5.3.	Geplante Neuregelung der Besteuerung eigengenutzten Wohnraums durch das Jahressteuergesetz 2010.	377
6.	Die Grundstücksschenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	380
7.	Behandlung von Immobilien im Erbfall	380
8.	Die Berichtigung des Vorsteuerabzuges gem. § 15a UStG	382
8.1.	Änderung der für den Vorsteuerabzug maßgebenden Verhältnisse . .	383
8.2.	Beginn des Korrekturzeitraumes ab dem Zeitpunkt erstmaliger Verwendung	385
8.3.	Das Berichtigungsverfahren des § 15a Abs. 1 UStG bei nicht nur einmalig zur Ausführung von Umsätzen verwendeten Wirtschaftsgütern	388

Inhaltsverzeichnis

8.4. Die Technik des Berichtigungsverfahrens	389
II. Die Immobilie im Grunderwerbsteuerrecht	391
1. Immobilienübertragung auf eine Gesamthand mit späterem Gesellschafterwechsel	391
2. Behandlung der Anwachsung von Gesellschaftsanteilen beim verbleibenden Gesellschafter	394
3. Formwechsel als Instrument steuerneutralen Immobilientransfers.	397
4. Übertragung von Gesellschaftsanteilen nach vorheriger Umschichtung von Immobilien	400
Literaturverzeichnis	405
Stichwortverzeichnis	409